

# Im Überblick ...

## Zusammengestellt von Thomas Döhne

### König Gyanendra entlässt Regierung und übernimmt direkte Staatsgewalt

In einer vom staatlichen Fernsehen übertragenen Ansprache an die Nation hat Nepals König Gyanendra am 1. Februar 2005 die Entlassung der Regierung von Ministerpräsident Sher Bahadur Deuba bekannt gegeben. „Ich habe entschieden, die Regierung aufzulösen, da sie versäumt hat, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um im April Wahlen abzuhalten und die Demokratie, die Souveränität der Bürger sowie deren Leben und Eigentum zu schützen“, sagte der König in seiner Ansprache. „Wir werden ein neues Kabinett unter meiner Führung bilden. Dieses soll innerhalb der nächsten drei Jahre Frieden und eine effektive Demokratie wieder herstellen.“

Den zersplitterten politischen Parteien warf er vor, sie hätten nur ihre Eigeninteressen verfolgt und sich nicht um die Menschen im Land und das Wohlergehen der Nation gekümmert. Noch am gleichen Tag wurden zahlreiche Politiker unter Hausarrest gestellt oder verhaftet. Eine totale Nachrichtensperre wurde verhängt, Telefon- und Online-Verbindungen von und nach Kathmandu unterbrochen. Der Flughafen von Kathmandu wurde ebenfalls geschlossen.

### Nepalische Menschenrechtsgruppen bitten Weltöffentlichkeit um Hilfe

25 nepalische Menschenrechtsgruppen haben an die internationale Staatengemeinschaft, darunter den Generalsekretär der Vereinten Nationen, US-Präsident George W. Bush und viele andere Staats- und Regierungschefs appelliert, diplomatischen Druck auf die neue von König Gyanendra geführte Regierung in Kathmandu auszuüben und sie zu zwingen, die von ihr verhängten drakonischen Zensur- und Notstandsbestimmungen wieder aufzuheben. Durch die königliche Machtübernahme sei unter Verletzung internationaler Rechtsnormen ein illegales Militärregime unter Führung des Königs etabliert worden. Menschenrechtsaktivisten würden verstärkt überwacht und verfolgt. Führende Politiker seien unter Hausarrest gestellt, Journalisten, darunter der Vorsitzende des Verbandes Nepalischer Journalisten, verhaftet worden.

### 23 Maoisten treten zur Terai-Befreiungsfront über

23 Mitglieder der *Communist Party of Nepal* (Maoist), darunter sechs Mitglieder des maoistischen Distriktkomitees, sollen in dem in Ostnepal gelegenen Siraha Distrikt zur Terai Befreiungsfront (*People's Terai Liberation Front*) übergetre-

### Armee kontrolliert staatliche Einrichtungen

Die nepalische Armee hat erstmals unangekündigt Inspektionen in der Pass- und Visastelle, der Steuerbehörde, der Distriktverwaltung von Kathmandu sowie dem Büro für Verkehrsangelegenheiten durchgeführt. Wie Armeesprecher Brigadegeneral Deepak Gurung mitteilte, seien diese Maßnahmen erforderlich geworden, weil es zuvor Beschwerden über die betreffenden Einrichtungen gegeben hatte.

Am 8. Februar 2005 wurden die meisten Telefon- und Internetverbindungen von und nach Nepal wieder geöffnet. Die harten Zensurbestimmungen der neuen Regierung blieben jedoch weiterhin in Kraft. Die Büros privater Medieneinrichtungen werden von Armeeeoffizieren überwacht. Es darf keine Kritik an den Maßnahmen der von König Gyanendra geführten Regierung geübt werden. Auch Meldungen, die dazu geeignet sind, „die Moral der Armee zu untergraben“ sind untersagt.

ten sein. Die separatistische Front wird von Jay Krishna Goit angeführt. Er war zeitweise mit der maoistischen CPN (M) verbunden und strebt eine Befreiung der Tieflandbewohner und die Unabhängigkeit des Terai von Kathmandu an.

### Zahlreiche Tote und Vermisste nach Feuergefecht in Ostnepal

Bei einem dreistündigen Feuergefecht zwischen maoistischen Rebellen und nepalischen Sicherheitskräften wurden Mitte Januar mindestens 23 Soldaten der nepalischen Armee getötet. Weitere 22

Angehörige der unter vereintem Kommando operierenden Regierungstruppen gelten seither als vermisst. Die 50 Mann starke Einheit der Sicherheitskräfte war ausgerückt, um von Maoisten angelegte

Hindernisse auf dem *Mechi-Highway* zu beseitigen. Auf dem Rückweg erfolgte der Überfall etwa zwölf Kilometer entfernt vom Zentrum der Distriktverwaltung von Ilam.

## ... Im Überblick ...

### Nepalische Regierung schließt Büro für tibetische Flüchtlinge

Die nepalische Regierung hat überraschend das Büro des Tibet-Beauftragten des Dalai Lama in Nepal sowie das Wohlfahrtsbüro für tibetische Flüchtlinge in Kathmandu schließen lassen, „da sie nicht bei der örtlichen Verwaltung registriert seien.“ Nepalische Menschenrechtsgruppen kritisierten die Schließung als Verstoß gegen internationale Menschenrechtsbestimmungen zum besonderen Schutz von Flüchtlingen: „Es gibt keinen Grund, der die Entscheidung der Regierung zur Schließung des tibetischen Flüchtlingsbüros rechtfertigt. Wir können davon ausgehen, dass es sich hierbei um einen politischen Kuhhandel der Regierung handelt“, kommentierte Dr. Gopal Krishna Siwakoti, Direktor der Menschenrechtsorganisation *INHURED International*, den Vorgang. Die Entscheidung der nepalischen Regierung betrifft 20.000 tibetische Flüchtlinge in Nepal, von denen etwa die Hälfte in Kathmandu lebt, viele schon seit Jahrzehnten. Nepal ist nach Indien das Land mit der zweitgrößten Anzahl tibetischer Flüchtlinge. Es wird vermutet, dass die Maßnahme auf Druck der chinesischen Regierung erfolgte, der es ein Dorn im Auge ist, dass jährlich mehrere hundert Tibeter nach Nepal fliehen, viele um von dort nach Indien weiterzureisen.

### Oberbefehlshaber kündigt militärische Offensive an

Der Oberbefehlshaber der nepalischen Streitkräfte General Pyar Jung Thapa hat seinen Sicherheitsstab angewiesen, die Offensive gegen die maoistischen Rebellen zu intensivieren - sich dabei aber an gesetzliche Bestimmungen zu halten. „Alle

### Maoisten rufen Streik aus und verbrennen Schulbücher

Ein von maoistischen Rebellen ausgerufen Streik im südlich von Kathmandu gelegenen Chitwan Distrikt hat das öffentliche Leben dort zum Stillstand gebracht. Geschäfte, Büros und Schulen blieben geschlossen. Der Verkehr auf der wichtigsten Zufahrtsstraße von und nach Kathmandu, dem *Prithvi-Highway*, ist zum Erliegen gekommen. Auch die Ost-West-Verbindung im Land, der *Mahendra-Highway*, soll an mehreren Stellen blockiert gewesen sein. Der öffentliche Schulbetrieb wurde durch den Streik zu einem Zeitpunkt stark beeinträchtigt, als landesweit Zulassungstests für die Abschluss-

### Maoisten verschleppen Schüler und Lehrer in Ostnepal

Maoistische Rebellen haben etwa 700 Schüler und 45 Lehrer aus verschiedenen Schulen im Sankhuwasabha Distrikt in Ostnepal verschleppt und zur Teilnahme an ideologischen Schulungsprogrammen der Maoisten gezwungen. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, da die Abschlussprüfungen an den staatlichen Schulen bevorstehen. Der öffentliche Schulbetrieb in Nepal wird durch den Konflikt stark in Mitleidenschaft gezogen, insbesondere in abgelegenen ländlichen Gebieten, wo der Einfluss des maoi-

prüfungen stattfinden sollten.

Auch in verschiedenen Teilen Ostnepals und im Kaski Distrikt waren mehrere tausend Schüler von einem Mitte Januar von den Maoisten ausgerufenen Schulstreik betroffen. Dort wurden die Zulassungsprüfungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. In Westnepal sollen maoistische Rebellen nach einem Bericht der Tageszeitung *Nepal Samacharpatra* eine große Warensendung mit Schulbüchern verbrannt haben, die über die regionale Schulbehörde in Dipayal an Schulen in neun Distrikten verteilt werden sollten.

stischen Guerillas besonders stark ist. Immer wieder werden aus verschiedenen Landesteilen solche Massenverschleppungen gemeldet. Erst einen Tag zuvor waren im westnepalischen Kanchanpur Distrikt etwa 500 Schüler und Lehrer entführt worden. Meist kommen die betroffenen Schüler und Lehrer nach einigen Tagen wieder frei. Allerdings soll es dabei auch häufig zu Zwangsrekrutierungen von Jugendlichen in die maoistische Guerillaverbände gekommen sein.

Sicherheitskräfte sind angehalten, ihre Pflicht innerhalb des vorgegebenen gesetzlichen Rahmens zu erfüllen, und höflich unter Anwendung militärischer Normen mit den Menschen umzugehen“, sagte Thapa. Die Truppen sollten nicht

annehmen, der Ausnahmezustand gebe ihnen unbegrenzte Macht. Vielmehr müsse ihr Bewusstsein für die Einhaltung internationaler Rechtsnormen, der Genfer Konvention und der Menschenrechtsbestimmungen erhöht werden.

## ... Im Überblick

### Außergerichtliche Tötungen in Nepal nehmen zu

In einer öffentlichen Stellungnahme hat *amnesty international* (ai) am 20.01.2005 erneut auf die katastrophale Menschenrechtslage in Nepal hingewiesen. Ein in London veröffentlichter 30-seitiger Bericht mit dem Titel „Nepal – Töten mit Straflosigkeit“ (*Nepal: Killing with Impunity*) belegt anhand zahlreicher Fallbeispiele die Zunahme außergerichtlicher Tötungen seit dem Scheitern der letzten Friedensgespräche im August 2003.

„Beide Seiten, die Sicherheitskräfte und die Maoisten, töten vorsätzlich Zivilisten und unbewaffnete Kombattanten“, stellt die Leiterin des Asienbüros von ai, Ingrid Massage, in der Pressemeldung zur Veröffentlichung des Berichts fest: „Am Schlimmsten ist, dass all diese Tötungen ungestraft bleiben, trotz zahlreicher Versprechen seitens der Regierung und der maoistischen Führer, die Menschenrechte zu achten. Diese ungesetzlichen Tötungen sind Teil eines schrecklichen Spektrums von Menschenrechtsverletzungen. Die Menschen in Nepal leben inmitten

von täglicher Folter, Vergewaltigung, „Verschwinden“ und willkürlicher Verhaftungen.“ Im Bericht wird eine Reihe von Maßnahmen genannt, um das willkürliche Töten einzudämmen: die nepalische Regierung und die Maoisten werden aufgefordert, auf die Einhaltung der Menschenrechte zu achten und Verstöße zu bestrafen, in vollem Umfang mit der unabhängigen Nationalen Menschenrechtskommission zusammenzuarbeiten, entsprechende Abkommen zu unterzeichnen und eine umfassende Menschenrechtsbeobachtung zu ermöglichen. An die Vereinten Nationen geht die Empfehlung, einen Sonderbeauftragten für Nepal zu ernennen. „Internationaler Druck kann etwas bewegen. Letztes Jahr half er, die Fälle von „Verschwundenen“ in Nepal wieder zu senken. Nun ist es Zeit, die gleiche Aufmerksamkeit auf die außergerichtlichen Tötungen und andere Menschenrechtsverletzungen zu lenken“, sagte Frau Massage weiter.

### UN-Hochkommissarin für Menschenrechte in Nepal

Die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Louise Arbour, hat beide Konfliktparteien an ihre Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte erinnert. An die Maoisten richtete sie dabei eine deutliche Warnung, die Praxis der Rekrutierung von Kindersoldaten zu beenden: „In allen Teilen der Welt werden politische und militärische Führer für von ihnen begangene schwere Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen. ... Der Missbrauch von Kindern zur Verfolgung von militärischen Zielen muss auf jeden Fall sofort beendet werden.“ Auch die nepalische Regierung müsse die von ihr unterzeichneten nationalen und internationalen Menschenrechtsverpflichtungen

einhalten. Die unabhängige Nationale Menschenrechtskommission Nepal müsse bei der Klärung des Schicksals der zahlreichen „Verschwundenen“ unterstützt werden und freien Zugang zu allen Orten erhalten, wo Menschen festgehalten werden und inhaftiert sind. Frau Arbour kam vor der Absetzung der Regierung zu einem fünftägigen Besuch nach Kathmandu, um sich selbst ein Bild von der Menschenrechtslage im Land zu machen. Sie wurde von König Gyanendra zu einer Audienz empfangen, führte offizielle Gespräche mit hochrangigen Regierungsvertretern und traf Vertretern von Menschenrechtsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen.

### Einkommen gestiegen, Ungleichheit wächst

Eine vom Zentralbüro für Statistik (CBS) durchgeführte Untersuchung zum Lebensstandard in Nepal kommt zu dem Ergebnis, dass das Durchschnittseinkommen in nepalischen Haushalten in den letzten Jahren signifikant gestiegen ist. Gleichzeitig hat sich die Kluft zwischen Armen und Reichen weiter erhöht. Die mit finanzieller und technischer Hilfe der Weltbank durchgeführte Studie besagt, dass sich das durchschnittliche Pro-Kopf-Jahreseinkommen von 7.690 Rupien im Haushaltsjahr 1995/96 auf 15.162 Rupien in 2003/04 erhöht hat. Dieser Anstieg wird vor allem auf die Überweisungen nepalischer Arbeitsmigranten zurückgeführt.

Auch das durchschnittliche Konsumniveau hat sich mehr als verdoppelt. Jedoch sind die Konsumausgaben sehr ungleich zwischen arm und reich verteilt. „Im Haushaltsjahr 2003/04 verfügten die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung nur über einen Konsumanteil von sechs Prozent, während die reichsten 20 Prozent 53 Prozent des Gesamtkonsums im Land beanspruchten“, heißt es in dem Bericht.

### Aufnahmestopp für nepalische Arbeiter in Malaysia

Malaysia, nach den Golfstaaten die zweitwichtigste Anlaufstelle für Arbeitsmigranten aus Nepal, hat einen zunächst auf drei Monate befristeten Aufnahmestopp erlassen. Vorläufig sollen keine weiteren Arbeiter aus Nepal mehr dort eingestellt werden, da ihre Anzahl bereits 250.000 betrage und somit eine vor kurzem von der Regierung erlassene Höchstgrenze für Arbeitskräfte aus einem Land überschritten sei. Der Aufnahmestopp betrifft auch Arbeitsmigranten aus Vietnam, Thailand, Kambodscha und Myanmar.